

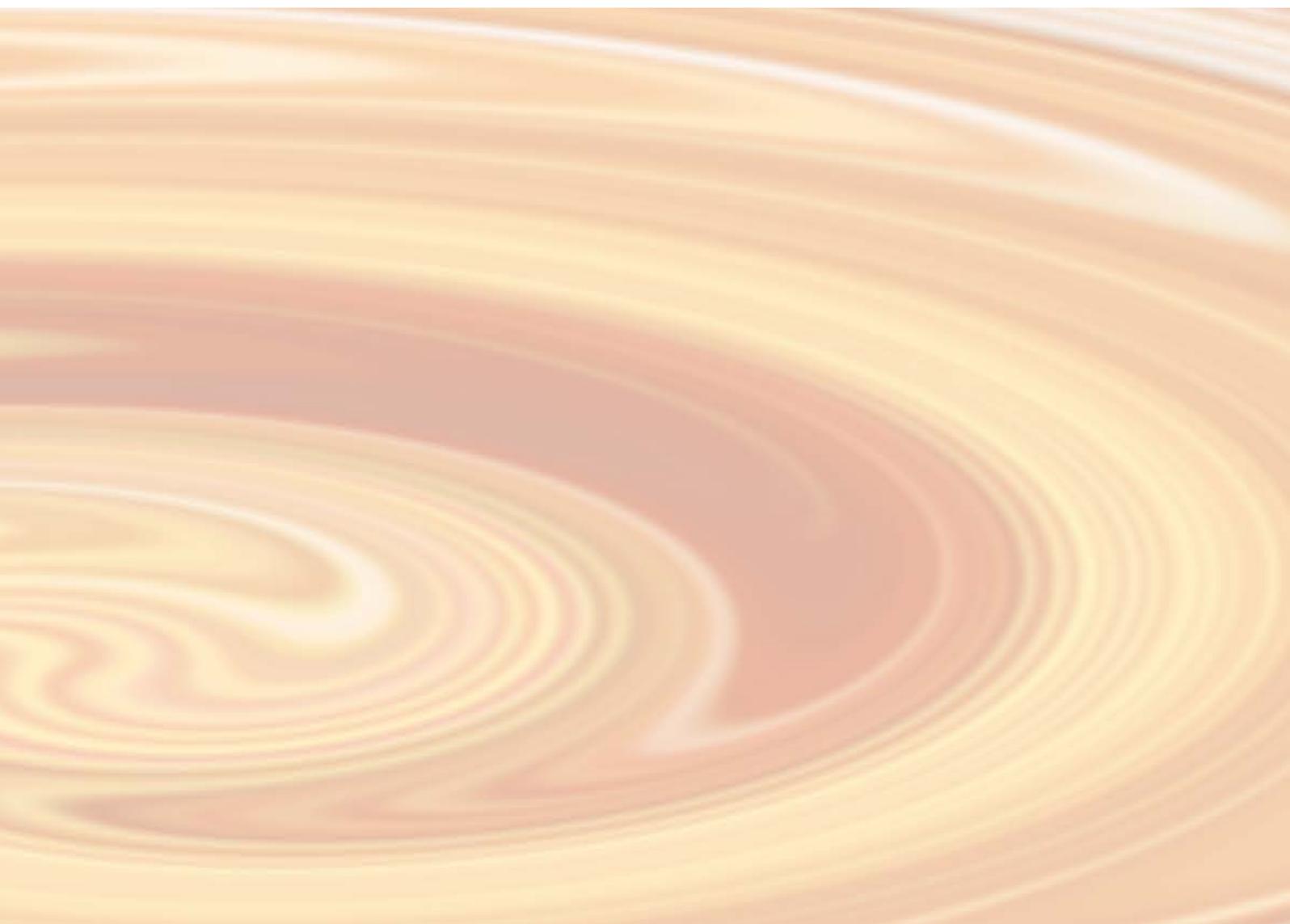


ÖSTERREICHISCHE
REKTORENKONFERENZ

JAHRESBERICHT 2005



ÖSTERREICHISCHE
REKTORENKONFERENZ



Impressum:

Herausgeber und Medieninhaber | Österreichische Rektorenkonferenz

Generalsekretariat | Liechtensteinstraße 22 | A-1090 Wien

Tel.: 01/310 56 56-0 | Fax: 01/310 56 56-22 | E-Mail: office@reko.ac.at | www.reko.ac.at

Redaktion | Manfred Kadi | Generalsekretariat

Gestaltung | Grafik-Atelier Heuberger | Wien | **Fotos** | APA | MEV | Franz Pflügl | Archiv

Druck | Kärntner-Druckerei | Klagenfurt

KOMMENTAR PRÄSIDENT BADELT	2
KOMMENTAR GENERALSEKRETÄR WULZ	3
KOMMENTAR EUA-PRÄSIDENT WINCKLER	4
KOMMENTAR ERC-VIZEPRÄSIDENTIN NOWOTNY	5
INTERVIEW SEKTIONSCHEF HÖLLINGER	6
KOMMENTAR FWF-PRÄSIDENT KRATKY	8
KERNTHEMEN 2005	9
HOCHSCHULZUGANG	12
BUDGET	14
FORSCHUNG	16
INTERNATIONALES	18
KOLLEKTIVVERTRAG	20
KUNSTUNIVERSITÄTEN	22
MEDIZINISCHE UNIVERSITÄTEN	23
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	24
FORENSPLITTER	26
ORGANE DER REKTORENKONFERENZ	28
GENERALSEKRETARIAT	31

PLANUNGSSICHERHEIT IN ZEITEN DER UMWÄLZUNGEN



Christoph Badelt
Univ.-Prof. Dr.
Präsident

Für die heimischen Universitäten wird das Jahr 2005, unabhängig von den offiziellen Gedenkveranstaltungen der Republik, als Zäsur in die Annalen eingehen. Zehn Jahre nach dem Beitritt Österreichs zur EU zwang der Europäische Gerichtshof (EuGH) das Parlament in Wien, den Offenbarungseid in Sachen Hochschulzugang zu leisten. Die nachfolgende Zwangsvollstreckung, die Aufhebung der als „diskriminierend“ verurteilten Gesetzeshürden für Studienwerber(innen) der EU-Mitgliedsländer, rückte die Universitäten wochen- und monatlang in das Zentrum politischer Auseinandersetzungen und damit in den Blickpunkt der Öffentlichkeit.

Die Ursache für das plötzliche Interesse liegt auf der Hand: Mit dem lange hinausgezögerten, aber unaufhaltsamen Abschied vom völlig freien Hochschulzugang für Österreicher(innen) wurde ein jahrzehntelanges Tabu gebrochen. Selbst als das EuGH-Urteil im Juli 2005 den heimischen Gesetzgeber zu Notmaßnahmen nötigte, weigerten sich viele Akteure auf der politischen Bühne noch immer, die neue Realität zur Kenntnis zu nehmen. Die Rektorenkonferenz (ÖRK) kann für sich in Anspruch nehmen, frühzeitig vor den Folgen, konkret den Tausenden Numerus-clausus-Flüchtlingen aus Deutschland, gewarnt zu haben. Sowohl vor als auch nach

dem Beschluss der befristeten Zugangsbeschränkungen hat die ÖRK auf eine grundsätzliche Lösung der Problematik, unabhängig vom Anlassfall, gedrängt. Sie wird auch im Wahljahr 2006 die Politik nicht aus ihrer Verantwortung entlassen.

In der 2005 abgeschlossenen Budgetvereinbarung für die erste Periode der Leistungsvereinbarungen 2007 bis 2009 hat die Regierung ein erkennbares Signal gesetzt, dass sie die finanziellen Bedürfnisse der Universitäten erkannt hat und ernst nimmt, wobei die ÖRK den persönlichen Einsatz von Bundesministerin Elisabeth Gehler zu würdigen weiß. Die erzielte Planungssicherheit für die Universitäten sollte auch über das Wahljahr 2006 und eine allfällige neue Regierungskonstellation hinaus anhalten.

Die ersten neun Monate als Präsident der Rektorenkonferenz haben mich in der Auffassung bestärkt, dass die ÖRK als Stimme der Universitäten nicht hoch genug einzuschätzen ist – bei der tatkräftigen Vertretung gemeinsamer Interessen nach außen ebenso wie bei der Bündelung unterschiedlicher interner Anliegen der Mitglieder. In diesem Sinn gibt der 2005 eingeschlagene Weg auch im neuen Jahr Anlass zu Optimismus.

NEUE POSITIONIERUNG IM KONSTRUKTIVEN WETTBEWERB



Heribert Wulz
Mag.
Generalsekretär

Das zweite Arbeitsjahr der „neuen“ Rektorenkonferenz als vom Bund vollständig losgelöste, privatrechtlich verfasste Organisation der Universitäten stand im Zeichen einer weitreichenden personellen und strategischen Neuorientierung.

Ende März 2005 wurde der langjährige Präsident der ÖRK und Rektor der Universität Wien, Georg Winckler, mit großer Mehrheit zum Präsidenten der European University Association gewählt – ein Erfolg auch für die Positionierung der österreichischen Universitäten im internationalen Kontext, der in seiner Bedeutung bisher nur unvollständig realisiert wurde.

Im April trat WU-Rektor Christoph Badelt die Nachfolge Wincklers an der Spitze der ÖRK an. Es lag nahe, dem neu gewählten Präsidium einige strategische Zukunftsüberlegungen des Plenums mit auf den Weg zu geben. Diese Positionen wurden im April 2005 einstimmig verabschiedet.

Die Rektorenkonferenz definiert ihre Rolle primär als bildungs- und forschungspolitische Meinungsbildnerin und Interessenvertretung der öffentlichen Universitäten. Sie strebt an, zu zentralen Themen gemeinsame Positionen der

Universitäten zu erarbeiten und aktiv nach außen zu tragen. Dabei geht es vorrangig darum, die „Spielregeln“ für die Weiterentwicklung der Universitäten gemeinsam mitzugestalten und die Leistungen der Universitäten – auch im Konnex zu den dafür benötigten Ressourcen – darzustellen. Inhaltlich waren im Jahr 2005 zwei Themenbereiche prägend: die Neugestaltung der Universitätsfinanzierung (adäquate Budgetierung, Leistungsvereinbarungen, indikatorgesteuertes Budget) und die Frage des Hochschulzugangs.

Die Rektorenkonferenz kann für die Sache der Universitäten nur dann glaubwürdig auftreten, wenn ihre Arbeit auf verbindlichen, gemeinsam festgelegten Positionen beruht. Zugleich nehmen die einzelnen Universitäten aber ihren Auftrag ernst, ihre institutionelle Entwicklung eigenverantwortlich voranzutreiben und zu anderen Einrichtungen in einen konstruktiven Wettbewerb zu treten. Dies bedingt, dass ausgehend von widerstreitenden Interessen die gemeinsame Linie immer wieder neu diskutiert, erarbeitet, erstritten, erkämpft werden muss. Die Aufgabe der Rektorenkonferenz im Universitätssystem ist durch die Universitätsreform 2002 sicher nicht leichter, dafür aber wesentlicher und spannender geworden.

DIE EUA ALS IMPULSGEBER: VON LISSABON ÜBER SALZBURG NACH BERGEN



Georg Winckler
Univ.-Prof. Dr.
Präsident der European
University Association (EUA)

Im Frühjahr 2005 verscrieb sich der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs der „Refokussierung“ der Lissabon-Strategie – also dem Ziel, die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Spätestens seit der informellen Tagung des Europäischen Rates in Hampton Court im Oktober 2005 steht nicht nur das Thema „Forschung“, sondern auch das Thema „Universitäten“ ganz oben auf der Agenda der Europäischen Union.

Im so genannten „Follow-up-Prozess“ zu Hampton Court schlägt die EU-Kommission gemeinsam mit einer Expertengruppe vor: Die Universitäten sollen stärkere Akteure im entstehenden „Europa des Wissens“ werden, autonom agieren können und der Gesellschaft gegenüber voll rechenschaftspflichtig sein. Diese Zielsetzungen werden dadurch unterstrichen, dass die Mitgliedsstaaten bis 2010 für einen modernisierten Universitätssektor mindestens 2 Prozent des BIP aufwenden sollen. Österreich liegt derzeit im EU-Durchschnitt bei rund 1,2 Prozent des BIP.

Die Lissabon-Strategie schlägt sich im Forschungsbereich durch die Erhöhung der Mittel für das 7. Rahmenprogramm nieder. Über die Säule „Ideen“ ist darin erstmals die Förderung

von themenungebundener Spitzenforschung im Grundlagenbereich auf europäischer Ebene berücksichtigt. Diese Förderung soll durch die Einrichtung des European Research Council (ERC) erfolgen. Die jährlichen Mittel des ERC werden nach einer Anfangsphase eine Milliarde Euro übersteigen; die Arbeit des ERC soll am 1. Jänner 2007 beginnen. Die European University Association (EUA) hat sich klar für die Einrichtung des ERC ausgesprochen und sieht das ERC prioritär gegenüber dem geplanten European Institute of Technology (EIT) an.

Ein Arbeitsschwerpunkt der European University Association lag auch 2005 in der Fortführung des Bologna-Prozesses. In der Konferenz im Februar 2005 in Salzburg widmete sich die EUA der Gestaltung des „neuen Doktoratsstudiums“. Mit den Empfehlungen an die Bildungsminister der Bologna-Staaten in Bergen (Mai 2005) brachten die europäischen Universitäten gleich zu Jahresbeginn wichtige Impulse zur Anhebung der Qualität des Doktorats ein.

Ziel der EUA ist die Stärkung der Rolle der Universitäten im entstehenden europäischen Forschungs- und Hochschulraum. Deshalb müssen die besten Wissenschaftler(innen) in Europa gehalten bzw. für Europa gewonnen werden.

EXZELLENZ IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN KOOPERATION UND KONKURRENZ



Helga Nowotny
Univ.-Prof. Dr.
Vizepräsidentin
des European Research
Council (ERC)

Exzellenz – und das Sprechen über sie – hat endlich an den österreichischen Universitäten Sichtbarkeit und einen institutionell noch zu festigenden Platz erhalten. Einerseits lässt sich mit Recht ein inflationärer Gebrauch des Wortes konstatieren. Nicht alles, was exzellente sein will, kann es sein. Andererseits ist das Streben nach Exzellenz zu begrüßen. Es verspricht eine prinzipielle Bereitschaft, sich dem Vergleich der eigenen Leistungen mit anderen zu stellen, also die Einführung eines Wettbewerbs, dessen Ziel es ist, die Qualitätsstandards anzuheben. In einer sich globalisierenden Welt, in der dem Wissensvorsprung, der Fähigkeit zur Innovation und dem entsprechenden Bildungswesen zentrale Bedeutung zukommt, ist dies unerlässlich geworden.

Wissenschaft ist ein soziales System, in dem eine spezielle Balance zwischen Kooperation und Konkurrenz vorherrscht. Wissenschaftler(innen) sind auf enge Kooperation miteinander angewiesen, beruht doch der Wissens- und Erkenntnisfortschritt darauf,

dass die Resultate der einen Forschungsgruppe von anderen aufgegriffen, kritisiert und bewertet, letztlich jedoch integriert und weiter verwertet werden. Konkurrenz hingegen ist eine wichtige Triebfeder für den Reputationsgewinn. Dieser wächst denjenigen zu, die mit originellen und bahnbrechenden Arbeiten das wissenschaftliche Feld in Erfolg versprechende Richtungen vorantreiben. Alle müssen sich jedoch der Kritik durch ihre „Peers“ stellen, die zugleich potenzielle Kooperationspartner wie Konkurrenten sind.

Exzellenz erkennt man, wenn man ihr begegnet. Insofern entzieht sie sich einer rigorosen Definition. Sie überschreitet die Grenzen des bekannten Wissens und ist somit jener Minderheit vorbehalten, die den anderen voraus ist. Doch die exzellente Minderheit bedarf einer Mehrheit, die nach Exzellenz strebt – und umgekehrt. In dieser Verschränkung – und den Rahmenbedingungen, die dies ermöglichen – liegt der Schlüssel für den Erfolg, der eine Universität zu einer exzellenten werden lässt.

HÖLLINGER: „NOCH NICHT ALLE KRÄFTE HABEN DIE AUTONOMIE AKZEPTIERT“



Sigurd Höllinger
Dr.
Sektionschef im BMBWK
bis 30. September 2005

F Herr Dr. Höllinger, Sie haben 1986 die Leitung der Sektion Universitäten im Wissenschaftsministerium übernommen, haben 1990 Ihr 27-Punkte-Programm zur Universitätsreform formuliert. Waren Sie an Ihrem letzten Arbeitstag Ende September 2005 mit dem Ergebnis zufrieden?

Höllinger: Ich war nicht unzufrieden, natürlich habe ich mir mehr vorgestellt. Ich hatte die Möglichkeit, beim jeweiligen Konzept und bei der politischen Durchsetzung der Universitätsreform mitzuwirken. Das Grundmuster der Reform war, mehr als ein Jahrzehnt lang, von Anfang an die schrittweise Herausführung der Universitäten aus staatlich gelenkten zu selbstständigen Einrichtungen. Der zweite wesentliche Punkt war die Entstehung des Fachhochschulsektors – ein großer Tabubruch: Die Trägerschaft für Hochschulen liegt nicht mehr beim Bund, sondern der Bund sorgt mit einer neuen Behörde, dem Fachhochschulrat, für die Qualitätssicherung und trägt zur laufenden Finanzierung bei. Schließlich die in Europa relativ frühe Möglichkeit der Diplomstudienumstellung auf Bachelor und Master: Ich sehe es mit Genugtuung, dass der eine oder andere Entwicklungsplan der Universitäten die vollständige Umstellung

vorsieht. Die Unis können hier der Innovator für den Berufsbereich sein.

Das Universitätsgesetz 2002 ist seit Anfang 2004 in Kraft. Wie haben die Unis als nunmehr selbstständige Institutionen diesen Prozess bewältigt?

Höllinger: Aus heutiger Sicht kann ich sagen: Die Universitäten haben das eigentlich sehr gut gemacht. Es wurden relativ viele Möglichkeiten der Veränderung genutzt. Es werden auch Konflikte ausgetragen, was früher eher selten der Fall war. Es gibt ernsthafte Entwicklungspläne und demnächst auch die ersten Vorlagen für die Leistungsvereinbarungen. Große Pannen hat es kaum gegeben. Natürlich bestehen veränderungsresistente Kerne an den Universitäten, das verstehe ich auch aus der Position früherer Funktionäre heraus. Aber auch die jüngeren haben die Chancen erkannt, die das neue Gesetz bietet. Ein offener Punkt ist der Kollektivvertrag – was sehr schade ist, weil mit diesem doch die Karrieren neu zu regeln wären. Ich hoffe auf eine erneuernde Kraft in diesem Problembereich. Vielleicht ist auch die vorgesehene rechtliche Konstruktion – auf die ich sehr stolz war – für den Anfang nicht wirklich tauglich.

Sie haben Anfang Oktober vor Journalisten die Universitäten gewarnt, die Autonomie sei noch nicht gewonnen. Worin sehen Sie denn die größte Bedrohung?

Höllinger: Ich habe den Eindruck, dass im Bereich der Politik noch nicht alle wichtigen Kräfte die Autonomie der Universitäten wirklich akzeptiert haben. Da sind rückwärts gerichtete Veränderungen nicht ganz auszuschließen. Ein wenig zu oft habe ich in den letzten beiden Jahren Rufe aus den Universitäten nach dem ordnenden Staat gehört – dann, wenn manche Probleme den Zuständigen über den Kopf gewachsen sind. Wir sind noch in einer Übergangszeit, bei der sicher die unterstützende und moderierende Kraft der staatlichen Organe erforderlich ist. Aber ganz gewonnen scheint mir der Prozess noch nicht zu sein.

Just in Ihrem letzten Jahr am Wiener Minoritenplatz ist die jahrzehntelange Ära des freien Hochschulzugangs als Folge des berühmterühmten EuGH-Urteils zu Ende gegangen. Sehen Sie darin eine Symbolkraft bzw. eine folgerichtige Entwicklung der Universitätsreformen?

Höllinger: Der offene Hochschulzugang war am Beginn der großen Expansion in den siebziger und achtziger Jahren sehr wichtig, weil zwei Ziele verfolgt wurden: Wirtschaftspolitisch wollte man mehr hoch qualifizierte Arbeitskräfte und mehr Forschungsleistungen, gesellschaftspolitisch mehr Chancengleichheit. Der Erfolg hatte beträchtliche Mängel. Zwar ist die Studierendenzahl viermal so groß wie vor 30, 35 Jahren, die Kinder von bildungsnahen Schichten nützen die Chancen des Aufstiegs über höhere Bildung sehr konsequent aus. Es bleibt aber immer noch sehr viel an Kreativität ungehoben. Der offene Hochschulzugang hat zwar eine große Vermehrung (der Studienplätze, Anm.) bewirkt, aber die Verteilung auf die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung hat sich kaum geändert. Der offene Hochschulzugang, den wir so konsequent vertreten haben, hat sich überlebt. Wir beobachten jetzt die letzte Auseinandersetzung. Man muss eine neue Konstruktion finden, die sozial auf keinen Fall diskriminierend sein darf. Aber die Erfolgsquote ist ja noch sehr niedrig. Und da braucht man auch mehr Maturanten, die höhere Schu-

len absolvieren. Der offene Hochschulzugang ist sicherlich im Zusammenhang mit der Zulieferung aus der Sekundarstufe zu sehen.

Sie sind seit Oktober 2005 Leiter der Arbeitsgruppe für die Installierung einer Exzellenz-Universität, deren Schicksal mehr als ungewiss geworden ist. Könnten Sie noch einmal die Ausgangsidee des Projekts skizzieren?

Höllinger: Anton Zeilingers Anstoß war, verursacht durch seine Ungeduld mit der Reform bestehender Unis, in einem schmalen Bereich der Naturwissenschaften eine ganz hervorragende Universität zu schaffen. Die politische Elite und die Spitzenfunktionäre der Industrie haben sich von der Idee fasziniert gezeigt und auch finanzielles Engagement bekundet. Für mich hat sich da eine gesellschaftliche Änderung in der Einstellung zur Grundlagenforschung gezeigt – als Voraussetzung für mögliche neue Industrien. Das war in einem Maß, wie das in unserem Land völlig unbekannt war. Es war immer unser Ziel, eine Einrichtung zu schaffen, die so beschaffen ist, wie sie sein soll – ohne Kompromisse. Wir waren auf der Suche nach neuen Bereichen über Personen, die nicht in Konkurrenz zu den bestehenden Universitäten und den Instituten der Akademie der Wissenschaft stehen, und die natürlich die Zusammenarbeit mit einigen dieser Institute brauchen. Es war alles auf Spitze angelegt – mit der Erwartung, dass die neue Einrichtung auf bestehende ausstrahlt und die Reformgeschwindigkeit der bestehenden Universitäten beschleunigt wird. Für die neue Universität ist klar, dass es aufwändige Aufnahmeverfahren zum PhD-Studium geben muss. Da werden die Universitäten nicht locker lassen, ähnliche überfällige Regelungen für sich selbst zu beanspruchen.

Was würde ein Scheitern dieses Projekts bedeuten?

Höllinger: Das wäre sehr schade, weil eine große Chance nicht konsequent genutzt würde. Ich bin aber optimistisch, dass es trotz der Probleme zu einer Lösung kommt. Vielleicht haben wir den Zeitrahmen etwas unterschätzt, aber man sollte die in Österreich vorhandenen Möglichkeiten wahrnehmen.

Das Interview führte Manfred Kadi.



EINE ALLIANZ FÜR DIE WISSENSCHAFT



Christoph Kratky
Univ.-Prof. Dr.
Präsident des
Wissenschaftsfonds (FWF)

Keine Frage, die wichtigsten Kunden des FWF sind und bleiben die heimischen Universitäten und der FWF ist zu Recht stolz darauf, die wichtigste Finanzierungsquelle der Universitäten zu sein, wenn man von der Basisfinanzierung – bereitgestellt über das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur – absieht.

Der FWF finanziert Grundlagenforschung „made in Austria“ auf kompetitiver Basis. Das heißt, für die Universitäten stellt die Fähigkeit Drittmittel aus FWF-Quellen einzuwerben ein bedeutendes Leistungsmerkmal dar. Forschungsthemen, die an Universitäten in besonderem Ausmaß FWF-gefördert sind, stehen für Stärkfelder, die – wenn es um wissenschaftliche Leistungsfähigkeit geht – erste Kandidaten für Schwerpunktsetzungen an den jeweiligen Universitäten sind.

Wissenschaftliche Forschung in Österreich findet vorrangig an den Universitäten statt. Unsere Universitäten sind die zentralen Einrichtungen, wenn man die Basis des Innovationssystems beschreiben möchte. Die Universitäten mit ihrer Forschungsleistung sind der Kern des Innovationssystems, und nur durch eine forschungsgeleitete Lehre gelingt es, das (Spitzen-)Human-

kapital unseres Landes auszubauen und für neue Herausforderungen fit zu machen. Deshalb ist es besonders wichtig, dass die Kooperationsbeziehungen zwischen den Universitäten, der Rektorenkonferenz und dem FWF besonders gut funktionieren. Eine gute Kommunikation zwischen den wichtigsten Akteuren ist gut für das österreichische Innovationssystem.

Der FWF startete deshalb gemeinsam mit der Rektorenkonferenz, den Universitäten und der ÖAW die Initiative „Allianz für die Wissenschaft“. Die Allianz für die Wissenschaft versteht sich als Diskussions- und Arbeitsplattform, um für bestimmte Themen Strategien und Konzepte zu entwickeln, die in weiterer Folge an die Politik und die interessierte Öffentlichkeit herangetragen werden. Erste Ergebnisse der Arbeit in der „Allianz für die Wissenschaft“ werden in absehbarer Zeit vorliegen. Das Arbeitsprogramm für 2006 ist ambitioniert.

Ein hohes FWF-Budget führt zu mehr Geld für die Universitäten. Rund 85 Prozent der FWF-Mittel (im autonomen Bereich) fließen ihnen zu. Wir hoffen auch in Zukunft auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der Österreichischen Rektorenkonferenz und dem FWF.

2005 – EIN DENKWÜRDIGES JAHR FÜR ÖSTERREICHS UNIVERSITÄTEN

Im Zeitraffer betrachtet, mutet es beinahe unglaublich an: Aber Österreichs Universitätslandschaft war am Ende des Jahres 2005 nicht mehr dieselbe wie zu Beginn des von der Politik ausgerufenen Gedenk- und Gedankenjahres. Der Garau für das Dogma des freien Hochschulzugangs als unmittelbare Folge des EuGH-Urteils und das mit der Regierung abgeschlossene „Milliardenpaket“ ragen denn auch als denkwürdige Ereignisse eines für die Universitäten turbulenten Jahres heraus. Aus Sicht der Österreichischen Rektorenkonferenz (ÖRK) waren die ver-

gangenen zwölf Monate auch deshalb bedeutsam, weil sie mitten im Strom der Ereignisse einen Wechsel an der Spitze – von Georg Winckler zu Christoph Badelt – brachten, verbunden mit personellen Änderungen im ÖRK-Präsidium. Die Neuwahl war nötig geworden, weil Winckler Ende März zum Präsidenten der EUA (European University Association) gewählt wurde und den Vorsitz in der ÖRK niederlegte. Die europäische Dimension hatte somit in vielerlei Hinsicht einen entscheidenden Einfluss auf die neuen Entwicklungen in Österreich.

Die ÖRK darf sich im Rückblick zugute halten, als eine der ersten Institutionen die Menetekel, sprich die drohende EuGH-Verurteilung Österreichs wegen seiner diskriminierenden Uni-Zugangsregeln, richtig gedeutet zu haben. Unbeeindruckt von den beschwichtigenden Stimmen der Politiker, hatte die Rektorenkonferenz nur wenige Stunden nach der Neuwahl ihres Präsidiums eine hochkarätige Tagung zum Thema Hoch-

schulzugang anberaunt. Die dort gewonnenen Erkenntnisse sowie die nachfolgenden Gespräche mit dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur erlaubten es, dass schon am Tag nach der Urteilsverkündung durch die Luxemburger Richter der Nationalrat die neuen, befristeten Zugangsregeln beschließen konnte – in enger Abstimmung mit der ÖRK und zugeschnitten auf die Bedürfnisse der einzelnen Universitäten. >

> Der Bruch dieses jahrzehntelangen Tabus, verbunden mit der medialen Aufbereitung und Empörung über die mitten im Sommer hereinbrechende Flut deutscher Studienanfänger, ließ das Thema zu einem öffentlichen und internen Dauerbrenner werden. Wenn sich die Rektorenkonferenz in diesem Diskurs Gehör verschaffen und ihre Vorstellungen durchsetzen konnte, dann lag das nicht zuletzt an den Ergebnissen einer Mitte März abgehaltenen Strategieklausur. Diese brachte nicht nur ein Bekenntnis der 21 Mitglieder zu einem neu formulierten Selbstverständnis der ÖRK als bildungs- und forschungspolitische Meinungsbildnerin, sondern auch eine neue Aufgabenverteilung im siebenköpfigen Präsidium. Der bisherige ÖRK-Präsident und Rektor der Universität Wien, Georg Winckler, wurde als neuer EUA-Präsident nach erfolgter Wahl des Rektors der Wiener Wirtschaftsuniversität, Christoph Badelt, zum neuen Chef der Österreichischen Rektorenkonferenz, ins Präsidium kooptiert.

2005 brachte auch den Abschied von einem langjährigen Mitglied der ÖRK: Der Tod des Rektors der Universität Klagenfurt Günther Hödl im August löste in der Rektorenkonferenz tiefe Betroffenheit aus. Vizerektorin Petra Hesse führt seither bis zur Neuwahl Anfang 2006 die Amtsgeschäfte fort. An der Medizinischen Universität Innsbruck kam es zu Beginn des Wintersemesters zu einem Wechsel: Clemens Sorg trat mit Oktober 2005 die Nachfolge von

Rektor Hans Grunicke an. In Salzburg gab Ende September der Rektor der Kunstuni Mozarteum seinen Rücktritt bekannt.

Zähes Feilschen um Budget und Leistungsvereinbarungen

Ungeachtet der personellen Änderungen wurde die Rektorenkonferenz neben dem Hochschulzugang von einem zweiten zentralen Thema in Atem gehalten. Das monatelange zähe Feilschen um die Budgetmittel für die erste Periode der Leistungsvereinbarungen von 2007 bis 2009 war letzten Endes von Erfolg gekrönt. Die Regierung vereinbarte mit der ÖRK zusätzlich zum jährlichen Globalbudget von 1,725 Milliarden Euro (2006) einen Betrag von 525 Millionen Euro, aufgeteilt auf drei Jahre ab 2007. Weitere 500 Millionen sollen ab 2006 für die Generalsanierung desolater Universitätsgebäude fließen, womit in Summe mehr als eine Milliarde Euro ausgeschüttet wird.

Überlagert von diesen öffentlichkeitswirksamen Botschaften verlief freilich die Knochenarbeit in den ÖRK-Gremien: Ein zu erstellendes Muster plus Arbeitsbehelf für die Leistungsvereinbarungen, die Grundlage für die neue Budgetaufteilung, sorgte vor allem in der zweiten Jahreshälfte für Hochdruck in den Arbeitsgruppen und permanenten Austausch mit dem Wissenschaftsressort. Auch die Neubemessung des Gesamtbudgets, von dem künftig 20 Prozent „formelgebunden“ vergeben werden (siehe Seite 15), ließ vor allem den „Finanzminister“

2005 – EIN DENKWÜRDIGES JAHR FÜR ÖSTERREICHS UNIVERSITÄTEN

und Vizepräsidenten der ÖRK, den Innsbrucker Rektor Manfred Gantner, zu einer Art Drehscheibe werden – im Bemühen, die unterschiedlichen Interessen zu bündeln.

Auch für die Erarbeitung der gesetzlich vorgeschriebenen Wissensbilanzen, eine weitere Voraussetzung für Erstellung und Abschluss der Leistungsvereinbarungen, liefen die Fäden bei Gantner zusammen: Dabei waren mehrere Arbeitsgruppen der Foren notwendig, um die vom Gesetzgeber geforderten Wissensbilanzen (eine Darstellung und Bewertung der „immateriellen Vermögenswerte und Leistungsprozesse“ der Universitäten) zu erheben, in Kennzahlen zu fassen und mit dem Ministerium abzugleichen.

Elite-Uni: ÖRK pocht auf gleiche Wettbewerbsbedingungen

Selbstverständlich zog auch die Debatte um die „Elite-Uni“ Österreichs hohe Schulen in den Bann, weshalb sich auch die ÖRK genötigt sah, Stellung zu beziehen: Bereits zur Jahresmitte forderte Präsident Badelt „gleiche Wettbewerbsbedingungen für öffentliche Universitäten und eine künftige Exzellenz-Universität“, insbesondere bei der Auswahl von Kandidat(inn)en für Doktoratsstudien. Erforderlich wären diesfalls eine Vernetzung der neuen Forschungseinrichtung mit den bestehenden Exzellenzzentren der Universitäten sowie eine Aufstockung der Mittel des Wissenschaftsfonds (FWF).

Wenig Bewegung zeichnete sich binnen Jahresfrist in Sachen Kollektivvertrag ab, wo die Gespräche ab dem Sommer ins Stocken gerieten. Seitens der Arbeitgeber warnte der Dachverband der Universitäten, betreut vom Generalsekretariat der Rektorenkonferenz, die Gewerkschaft eindringlich vor dem Festhalten an überzogenen Forderungen. Mit dem Ende 2005 verfassten Entwurf hat die Dienstnehmerseite bei den Vorschlägen für ein neues Karrieremodell und den Kündigungsschutz allerdings kein Einlenken erkennen lassen, womit es 2006 zur entscheidenden Kraftprobe kommen wird. Die ÖRK hat sich 2005 organisatorisch gerüstet und Mitte des Jahres das Forum Personal gegründet, in dem sich seither sämtliche für Personalagenden zuständige Rektoren und Vizerektoren einbringen.

Insgesamt hat die Rektorenkonferenz nach Kräften versucht, die öffentliche Aufmerksamkeit für die Universitäten zu nutzen und entsprechende Plattformen ins Leben zu rufen. So übernahm Bundespräsident Heinz Fischer im Oktober 2005 nicht nur die Patronanz für die ÖRK-Tagung zur „Zukunft der Wissenschaft“ an der Wirtschaftsuniversität Wien. Das Staatsoberhaupt stellte sich vor mehr als hundert Gästen auch als Referent zur Verfügung und unterstrich damit einmal mehr seine Wertschätzung für die Anliegen der Universitäten und der Rektorenkonferenz als deren maßgebliche Stimme. *mk*

NACH DEM EUGH-URTEIL: „ÖSTERREICH IN DER EUROPÄISCHEN REALITÄT ANGELANGT“

F Ein Richterspruch als Thema des Jahres: Mit seinem Urteil zum österreichischen Hochschulzugang hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) Politiker und Universitätsangehörige über Monate hinweg unter lautstarker medialer Begleitmusik in Atem gehalten. Just eine Woche nach Ende des Sommersemesters stellten die höchstrichterlichen Robenträger in Luxemburg fest, dass die legislativen Hürden an Österreichs hohen Schulen für Studenten aus EU-Mitgliedsstaaten „gemeinschaftsrechtswidrig“ seien. Es folgten befristete gesetzliche Zugangsbeschränkungen in acht Studienfächern, ein beispielloser Ansturm deutscher Studierwilliger, Warteschlangen an den Medizinuniversitäten und wechselseitige politische Schuldzuweisungen, in deren Mittelpunkt das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur stand. Allerdings geriet in der Auseinandersetzung auch die Rektorenkonferenz zuweilen ins Visier von Politikern und diversen Experten, zuletzt wurde der EuGH selbst zur Zielscheibe der Kritik. Zu Jahresende versprach das Ministerium eine neue, EU-konforme Gesetzesänderung für 2006.

Als Vorbote war bereits im Jänner Francis Jacobs, einer der Generalanwälte des EuGH, in Erscheinung getreten: Im Schlussantrag des von der Kommission angestregten Verfahrens warf er Österreich die Diskriminierung von

Studierwilligen aus den EU-Mitgliedsländern vor. Er bezog sich dabei auf die in den neunziger Jahren eingeführte Regelung, wonach Ausländer einen Studienplatz in ihrem jeweiligen Heimatland nachweisen müssen. Beobachter ließen schon zu Jahresbeginn kaum einen Zweifel daran, dass der EuGH Österreich gemäß der Empfehlung des Generalanwaltes verurteilen werde.

Hochschulzugang als Thema einer ÖRK-Tagung

Während das Ministerium noch vor übereilten Maßnahmen warnte, forderte die Rektorenkonferenz postwendend eine breite Diskussion des Hochschulzugangs ein. Bereits für den Tag der Neuwahl des ÖRK-Präsidiums, den 18. April, wurde eine Tagung zum Thema „Hochschulzugang im europäischen Kontext“ angesetzt, zu der neben internationalen Fachleuten aus Deutschland und der Schweiz auch die Wissenschaftssprecher(innen) der vier Parlamentsparteien im Rahmen einer Podiumsdiskussion eingeladen waren. Bei dieser Veranstaltung sprach der damalige Sektionschef im Wissenschaftsressort, Sigurd Höllinger, erstmals öffentlich von einem „Plan B“, der den Universitäten bei einem allfälligen Ansturm deutscher Numerus-clausus-Flüchtlinge kurzfristige Kapazitätsgrenzen erlauben würde.

Die vom Ministerium genährten Hoffnungen – ein Antrag der Republik auf Wiederaufnahme des Verfahrens war im Frühjahr abgelehnt worden – wurden spätestens mit der Entscheidung der EuGH-Richter am 7. Juli 2005 zunichte gemacht. Die „mittelbare Diskriminierung“ von Angehörigen aus anderen EU-Ländern wurde Österreich amtlich bescheinigt. Als Draufgabe ließ der Gerichtshof die beklagte Partei sinngemäß wissen, sie habe die unterschiedliche Behandlung heimischer und ausländischer Studienanfänger(innen) nicht schlüssig begründet.

Zugangsbeschränkung in acht Fächern

Schon am nächsten Tag beschloss der Nationalrat mit den Stimmen der Regierungsfractionen gemäß dem Vorschlag der Rektorenkonferenz die Zugangsbeschränkungen für acht Studienrichtungen, nämlich Humanmedizin, Zahnmedizin, Veterinärmedizin, Biologie, Psychologie, Pharmazie, Betriebswirtschaftslehre sowie Publizistik bzw. Kommunikationswissenschaften, befristet bis Jahresende 2007. Dabei wurde den Universitäten freigestellt, ob sie Auswahlverfahren vor der Zulassung oder während einer bis zu zweisemestrigen Eingangsphase anwenden. Die ÖRK begrüßte die beschlossenen „Notmaßnahmen“, der Wissenschaftsrat, das Beratungsgremium der Regierung und des Nationalrats in Angelegenheiten der Universitäten und Wissenschaftspolitik, sah „Österreich hochschulpolitisch in der europäischen Realität angelangt“.

Der Beschluss im Parlament war erst wenige Stunden alt, da registrierte die Medizinische Universität Wien bereits 700 Anmeldungen aus Deutschland, bis Ende der Inskriptionsfrist sahen sich die Medizinuniversitäten Wien, Innsbruck und Graz mit mehreren tausend Inskriptionswilligen aus Deutschland konfrontiert – eine Entwicklung, vor der die ÖRK bereits am 20. Jänner gewarnt hatte. Die Premiere der unterschiedlichen Zulassungsverfahren für Studierende, verbunden mit Frustrationserlebnissen von abgewiesenen Anwärter(inne)n und der vermeintlichen oder tatsächlichen Benachteiligung von Inländern, wurde in den folgenden Wochen und Monaten von den Medien dankbar aufgegriffen und führte schnell zum

Pauschalurteil über das „Chaos“ an den Universitäten. In der selektiven öffentlichen Wahrnehmung wurde völlig ausgeblendet, dass der Alltagsbetrieb in der überwiegenden Mehrzahl der Studienrichtungen mehr oder minder reibungslos abgewickelt wurde.

Der Beginn des Wintersemesters war auf politischer Ebene geprägt von einem beinahe täglichen verbalen Schlagabtausch zwischen Regierungsfractionen und Opposition, der in einer Sondersitzung im Parlament gipfelte. Erste Frucht der Bemühungen von Bildungsministerin Elisabeth Gehrler, auf europäischer Ebene grünes Licht für eine EU-konforme Neuregelung zu erwirken, war die Einsetzung einer Arbeitsgruppe aus Vertretern der EU-Kommission und betroffener Mitgliedsländer. Als Lösungsvorschlag wurde unter anderem eine Quotenregelung diskutiert. Gehrler äußerte sich zuversichtlich, Anfang 2006 mit Brüssel handelseins zu werden.

„Die Festlegung der Zulassungsverfahren liegt in der Autonomie der einzelnen Universitäten, da muss man auch die Grenzen der Rektorenkonferenz sehen.“

Arthur Mettinger

Univ.-Prof. Dr., Vorsitzender des Forums Lehre



Wäre mehr Zeit zur Vorbereitung gewesen, dann „hätte man sicher das Thema organisatorisch und kommunikationsmäßig besser in den Griff bekommen“, resümiert der Vorsitzende des ÖRK-Forums Lehre und Vizerektor der Universität Wien, Arthur Mettinger, im Rückblick. Unter dem gegebenen Zeitdruck hätten die Unis letztlich, mit einigen Ausnahmen, „doch das Vernünftigste aus der Situation herausgeholt“. Die Festlegung der Prozeduren liege in der Autonomie der einzelnen Universitäten – „da muss man auch die Grenzen der Rektorenkonferenz sehen“, fügt Mettinger hinzu. Er weist auf die von der ÖRK im Herbst eingesetzte Steuerungsgruppe, die das Thema Hochschulzugang unter Vorsitz des Rektors der Montanuniversität, Wolfhard Wegscheider, wissenschaftlich beleuchtet wird. Die Ergebnisse sollen 2006 präsentiert werden. mk

DAS „MILLIARDENPAKET“ FÜR DIE UNIVERSITÄTEN: „EIN GROSSER SPATZ IN DER HAND“



F Zu guter Letzt, als nach monatelangen Ringen das so genannte „Milliardenpaket“ mit den Universitäten geschnürt worden war, wurde Anfang November 2005 für den Budgetkompromiss ein Zeremoniell gewählt, das einem kleineren Staatsakt gleichkam. Vier Regierungsmitglieder, angeführt von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, präsentierten gemeinsam mit der Spitze der Rektorenkonferenz vor der versammelten Presse und den Fernsehkameras die Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2007 bis 2009, die den Universitäten pro Jahr im Schnitt 175 Millionen Euro zusätzlich (Globalbudget 2006: 1,725 Milliarden Euro) garantiert. Darüber hinaus sagte die Regierung den Universitäten für die kommenden fünf Jahre einen Betrag von 500 Millionen Euro für die Generalsanierung desolater Gebäude zu.

Die allgemeine Freude über den Geldregen konnte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass damit die Fehlbeträge der Universitäten für die Jahre 2005 und 2006 nicht abgedeckt werden. Dieser Mehrbedarf von jährlich mehr als 100 Millionen Euro ergab

sich als Konsequenz aus der neu gewonnenen Autonomie der Universitäten in Bezug auf das Personal bzw. der neuen Rolle als Mieter von Gebäuden. Es handelte sich dabei um Beträge, die seinerzeit bei der Deckelung der Budgets für 2004 bis 2006 entweder nicht bekannt waren oder völlig unterschätzt wurden.

ÖRK-Vizepräsident Rektor Manfred Gantner, gleichzeitig Vorsitzender des Forums Budget, ist sich jedoch sicher, dass bei allen berechtigten Wünschen der Universitäten realpolitisch nicht mehr aus den Verhandlungen herauszuholen war. „Es ist ein Spatz in der Hand, ein großer Spatz, und der ist besser als die Taube auf dem Dach“, resümiert Gantner das Ergebnis der Gesprächsrunden, in die sich neben Finanzminister Karl-Heinz Grasser zuletzt auch noch der Bundeskanzler höchstpersönlich eingeschaltet hatte. Wobei der ÖRK-Vizepräsident ausdrücklich den Einsatz von Bildungsministerin Elisabeth Gehrler für die Anliegen der Universitäten würdigt.

Statt der ursprünglich von der ÖRK geforderten 600 Millionen Euro auf Preisbasis 2004

für die Generalsanierung von mehr als 20 Gebäuden (bis zum Jahr 2013) gewährte der Finanzminister schließlich nur 500 Millionen Euro inklusive Mehrwertsteuer, allerdings für die kommenden fünf Jahre. Darin nicht enthalten sind jene Gebäude, die aus Gründen des Arbeitnehmer(innen)schutzes zu sanieren sind – eine Aufgabe, die vom Bund auf die Universitäten, seit Anfang 2004 die neuen Mieter der Universitätsgebäude, übergegangen ist und beträchtliche Zusatzkosten aufwirft. Ein offenes Problem, das nach wie vor einer endgültigen Lösung mit dem Vermieter, der Bundesimmobiliengesellschaft BIG, harret.

Leistungsvereinbarungen

Die Detailarbeit bei der Verteilung des künftigen Budgetkuchens fand allerdings abseits des Rampenlichts statt. Einen beträchtlichen Teil ihres Arbeitspensums nahm für die Rektorenkonferenz im abgelaufenen Jahr das Ringen um einen Musterentwurf für die Leistungsvereinbarungen ein, dessen Feinschliff sich noch bis in die ersten Wochen des Jahres 2006 ziehen sollte. Mit diesem öffentlich-rechtlichen Vertrag werden ab 2007 die gegenseitigen Verpflichtungen, also die Leistungen der Universitäten und die finanziellen Leistungen des Bundes, für einen Zeitraum von drei Jahren definiert und geregelt, das jährliche Ritual der Budgetverhandlungen gehört somit der Vergangenheit an. Die Leistungsvereinbarungen dienen dabei als Basis für das Grundbudget einer Universität, das gemeinsam mit dem „formelgebundenen Budget“ das Globalbudget bildet. Der Anteil des „Formelbudgets“ am Gesamtbetrag wurde mit 20 Prozent festgelegt. Die restlichen 80 Prozent des Globalbudgets (2007: 1,875 Mrd. Euro, 2008: 1,9 Mrd. Euro, 2009: 1,925 Mrd. Euro) fließen im Wege der genannten Leistungsvereinbarungen an die Universitäten. Darin werden die geplanten Vorhaben und Ziele, angefangen von der Personalentwicklung über Forschung sowie Entwicklung und Erschließung der Künste bis zur Erhöhung der Internationalität und Mobilität, angeführt.

Die Ausgangslage für die neue Mixtur der Budgetbestandteile rief bei den ÖRK-Mitgliedern angesichts der ungewissen Aussicht, am

Ende des Tages entweder als Gewinner oder Verlierer auszusteigen, gemischte Gefühle hervor. Die angespannte finanzielle Situation ihrer Universitäten erschien manchen Rektoren nicht gerade verlockend, sich noch dem Risiko möglicher Kürzungen auszusetzen; während andere umgekehrt die Chance witterten, etwa mit Hinweis auf den eigenen verpflichtend vorgeschriebenen Entwicklungsplan zusätzliches Geld lukrieren zu können. Allerdings konnte in den Verhandlungen die ursprüngliche Menge an Leistungsfeldern auf acht reduziert und damit die anfängliche Sorge abgebaut werden.

Formelgebundenes Budget

Nach intensiven Gesprächsrunden mit den Vertretern des Finanz- und des Wissenschaftsministeriums wurden im Einvernehmen mit der ÖRK elf Indikatoren ausgewählt, mit deren Hilfe die auf die einzelnen Universitäten ent-

„Bundesministerin Gehrler hat bei den Budgetverhandlungen alles ausgelotet und ist alle Wege gegangen – mehr war einfach nicht drinnen.“

Manfried Gantner

Univ.-Prof. Dr., Vorsitzender des Forums Budget



fallenden Anteile für das formelgebundene Budget gemessen werden. Diese Indikatoren beziehen sich auf Lehre (z. B. Erhöhung der Zahl der Absolvent(inn)en, Verkürzung der Studiendauer), die Forschung oder Entwicklung und Erschließung der Künste. Je stärker sich eine Universität im Vergleich zu allen anderen verbessert bzw. verschlechtert, desto höher bzw. niedriger wird ihr Anteil am „Formelbudget“. ÖRK-Vizepräsident Gantner glaubt, dass diese neue Form der Budgetverteilung ihre Anreizwirkungen durchaus entfalten wird, weil die Indikatoren „ziemlich nah beim Kerngeschäft der Universitäten“ liegen: „Ein Rektor wird es sich künftig nicht leisten können, gegenüber dem Unirat zu sagen, das ist mir alles völlig gleichgültig.“ mk

ZENTREN FÜR WISSENSTRANSFER, EXZELLENZ UND KOMPETENZ

F Den Stellenwert der Grundlagenforschung sowie deren Verhältnis zur angewandten Forschung ins öffentliche Bewusstsein zu rücken – dieses Leitmotiv zog sich wie ein roter Faden durch die Agenda der Rektorenkonferenz. Sei es bei anschaulichen Beispielen wie Regelungen für Patente bei Erfindungen von Universitätsangehörigen, beim neu angebrochenen Zeitalter der Entdeckung von Exzellenz österreichischer Spielart oder bei den bewährten Kompetenzzentren. Die ÖRK hat es jedenfalls verstanden, das öffentliche Klima für Spitzenforschung zu nützen, um sich bei den maßgeblichen Vertretern in der Politik, der Wirtschaft und der wissenschaftlichen Institutionen Gehör zu verschaffen.

Entgegen allen Unkenrufen findet an Österreichs Universitäten der Transfer von Wissen und Technologien vom Campus zu den Anwendern in der Wirtschaft statt: Was Anfang 2004 als „uni:invent“ begonnen hatte,

mauserte sich einigen Kritikpunkten zum Trotz 2005 zu einer beachtlichen Erfolgsstory für die universitäre Know-how-Verwertung – eine Entwicklung, die auch vom Rat für Forschung und Technologieentwicklung überaus positiv beurteilt wurde.

Wissenschafts- und Wirtschaftsministerium hatten, begünstigt durch die neuen Rahmenbedingungen des UG 2002, das genannte Programm zur Patentverwertung für Universitäten ins Leben gerufen, um die Implementierung professioneller Strukturen zu unterstützen. Dazu zählt unter anderem die Etablierung und Finanzierung von so genannten „Innovationsscouts“ an den Universitäten, die Forscher(inne)n als Erstanlaufstelle für Beratungen dienen, gleichsam als Meldestelle der Uni für Erfinder. Diese Berater(innen) treten aktiv an die Forscher(innen) heran, um Entwicklungen mit hohem wirtschaftlichem Potenzial frühzeitig zu erkennen. Die Bilanz kann

sich sehen lassen: Bis Ende 2005 wurden mehr als 260 Erfindungen an 13 österreichischen Universitäten gemeldet. Mehr als die Hälfte wurden von den Rektoraten aufgegriffen und befinden sich derzeit im Stadium der Patentierung oder der Verwertung.

„Wir haben bisher diese Potenziale zu wenig erkannt, weil es eine Scheu von Wissenschaftler(inne)n gibt, sich damit auseinander zu setzen“, gesteht der Vorsitzende des Forums Forschung und Vizerektor der Universität Graz, Friedrich Zimmermann. Immerhin würden die Forscher an den Hochschulen damit auch einen Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich leisten. Die Universitäten selbst machen indessen eifrig von der Möglichkeit Gebrauch, Regeln über die Verwertung und Aufteilung von Lizenzerlösen zu entwickeln.

Ringens um das Etikett der Spitzenforschung

Die in den ersten Monaten 2005 anhebende Debatte um die Schaffung einer „Elite-Universität“ nahmen die österreichischen Hochschulen zum Anlass, mit Nachdruck ihre eigenen Leistungen hervorzukehren. Was auch in der Stellungnahme der ÖRK zur „Strategie 2010“ des Rats für Forschung und Technologieentwicklung Niederschlag fand: „Selbstverständlich gibt es österreichische Spitzenforschung, die jedoch nicht unter einer ‚Gesamtmarke‘ auftritt und daher vielfach unter Problemen der ‚Sichtbarkeit‘ leidet“, hieß es dort unter Hinweis auf die großteils ungenügende Finanzierung. Da die Regierung zum Jahresende an ihrer Entschlossenheit zur Einrichtung des AIAST (Austrian Institute of Advanced Science and Technology) keinen Zweifel mehr ließ, forderte die ÖRK eine Einbeziehung der Universitäten bei Lehre und Forschung sowie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in die Forschung. Immerhin wurde im Endbericht der Arbeitsgruppe zur neuen Exzellenz-Universität festgehalten, die Finanzierung des AIAST gehe „in keiner Weise zu Lasten der bestehenden Universitäten“.

Parallel zur AIAST-Arbeitsgruppe war mit Jahresbeginn auf Initiative des Wissenschaftsfonds (FWF) eine „Allianz für die Wissenschaft“ ins Leben gerufen worden, um die wichtigsten Akteure auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung, also FWF, Akademie der Wissenschaften und ÖRK, zusammenrücken zu lassen. Diverse Anliegen sollen, so der Zweck des Bündnisses, gemeinsam an die Öffentlichkeit und die politischen Entscheidungsträger herangetragen werden. Zu diesem Behufe wurden drei Arbeitskreise eingerichtet. Ende Dezember präsentierte der FWF sein Programmkonzept für „Exzellenzcluster der wissenschaftlichen Forschung“, in dem die Ziele und Instrumente zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich skizziert werden. Als „Mission“ ist ausdrücklich die Unterstützung der wissenschaftlichen Forschungsstätten – vor allem der Universitäten – bei ihren strategischen Planungen festgehalten.

„Mit dem Programm uni:invent können die Universitäten nachweisen, dass sie mit ihrer Forschung einen wirtschaftlichen Nutzen leisten.“

Friedrich M. Zimmermann
Univ.-Prof. Dr., Vorsitzender des Forums Forschung



Auch bei den diversen „Kompetenzzentren“, die zu den Strukturprogrammen der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) zählen, sorgte 2005 ein neues Programmdokument für Diskussionen. Diese befristet angelegten Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft haben nach übereinstimmender Ansicht der beteiligten Institutionen starke Impulse ermöglicht. Um die neue „Kultur“ der Zusammenarbeit erfolgreich fortzuführen, sind 2006 eine Reihe offener Fragen zu klären – von steuerrechtlichen Problemen bis zu den Langfristperspektiven der bestehenden Zentren. mk

INTERNATIONALES: WEISSBUCH STATT GEMEINSAMER STRATEGIE

18 **R** Braucht es für die Internationalisierung des tertiären Bildungssektors in Österreich eine ausgeklügelte Strategie oder genügen einige Eckpunkte? Um diese Fragestellung kreiste einer der wesentlichen Diskussionspunkte, dem sich im vergangenen Jahr die Rektorenkonferenz gemeinsam mit dem Österreichischen Austauschdienst (ÖAD) widmete.

Ausgangspunkt war ein Positionspapier des ÖAD (Mitglieder sind sämtliche Universitäten sowie die Fachhochschulkonferenz und die Bundesleitungskonferenz der Pädagogischen

Akademien), um den Stellenwert der Internationalisierung an den heimischen Akademikerschmieden zu hinterfragen. Das Forum Internationales hielt dazu nach eingehender Diskussion im Mai vergangenen Jahres fest, dass „eine gemeinsame Internationalisierungsstrategie der österreichischen Universitäten im engeren Sinn aufgrund der verschiedenen regionalen Schwerpunkte und inneruniversitären Profilbildungen nicht möglich ist“. Allerdings wurde vereinbart, anhand der aktuellen Praxis der Universitäten eine Themenliste zu erstellen und diese durch konkre-

te Beispiele (Good Practice) zu ergänzen. Auf dieser Basis sollen langfristig eine Art „Weißbuch“ und gleichzeitig eine Checklist für die weitere Internationalisierung erarbeitet werden.

Er könne sich nicht vorstellen, dass sämtliche Universitäten sich darauf einigen, ihr Augenmerk auf bestimmte Länder, etwa in der Dritten Welt, zu richten oder Einvernehmen erzielen, Studierenden aus dem Staat A oder B die Beiträge zu erlassen, fasst der Vorsitzende des Forums Internationales und Vizerektor der TU Wien, Hans Kaiser, den Meinungsbildungsprozess zusammen. Er begründet diese Haltung mit den jüngsten Erfahrungen bei der Zulassung von pakistanischen Doktoranden. Diese seien den Universitäten von außen, auch als Folge der Aktivitäten des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, aufgedrängt worden. Die geplante kontinuierliche Aufstockung des Kontingents habe zuletzt Widerstand an den diversen Standorten hervorgerufen, weiß Kaiser. Die heimischen Universitäten hätten unterschiedliche Ausrichtungen, deshalb würden auch die Beispiele in dem künftigen Weißbuch „keinen verbindlichen Charakter“ haben.

Mobilität und Joint Degrees auf dem Prüfstand

Neben dieser grundsätzlichen Problematik standen für die ÖRK im vergangenen Jahr auch Themen wie Mobilitätsfragen im Zusammenhang mit dem Bologna-Prozess im Vordergrund: Neben der horizontalen Mobilität bildet sich nach den Worten von Vizerektor Kaiser zunehmend eine vertikale Mobilität heraus, wenn Studierende ihren Bachelor an einem Standort absolvieren und den Master an einer zweiten Universität abschließen. Bezüglich der Entwicklung von Joint/Double Degrees herrschen unterschiedliche Erwartungshaltungen: Manche Uni-

versitäten sehen darin auch ein Instrument, um die „Abwanderung“ von guten Studierenden zu verhindern. Demgegenüber betonen andere den Mehrwert gemeinsamer Abschlüsse, der zu besseren Berufsaussichten für die Absolvent(inn)en führt. Auch ein anderer zunehmend bedeutsamer Aspekt

„Das Weißbuch zur Internationalisierung soll eine Sammlung von Good Practice sein – alles das, was an einzelnen Universitäten funktioniert.“

Hans Karl Kaiser

Univ.-Prof. Dr., Vorsitzender des Forums Internationales



der Mobilität beschäftigt das Forum: die Anerkennung von im Ausland erbrachten Studienleistungen, geregelt im European Credit Transfer System (ECTS). Um die Grundidee der Anrechnung, Übertragung und Akkumulierung von Studienleistungen flächendeckend umzusetzen, sind noch eine Reihe von Hindernissen auszuräumen und offene Fragen zu klären.

Der intensive Meinungsaustausch mit den Rektorenkonferenzen der Nachbarländer wurde 2005 fortgesetzt, unter anderem beim zentraleuropäischen Treffen in Prag im März, beim trilateralen Treffen von HRK (Deutschland), CRUS (Schweiz) und ÖRK Ende September in Berlin sowie bei dem alle zwei Jahre angesetzten Treffen zwischen der Bayerischen Rektorenkonferenz (Universität Bayern e. V.) und Vertretern der ÖRK in Bamberg. Als Gäste in Wien wurden eine Delegation der Lettischen Rektorenkonferenz sowie eine Abordnung der Australischen Rektorenkonferenz empfangen. *mk*

RINGEN UM KARRIEREMODELL: PLÄDOYER GEGEN „LEBENSLANG“ AN EINER UNIVERSITÄT



F Das Hoffen auf einen Durchbruch bei den Kollektivvertragsverhandlungen (KV) für Universitätsbedienstete zur Jahresmitte 2005 erwies sich als verfrüht. Als die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) mit Herbstbeginn die Gespräche unvermittelt unterbrach, um einen eigenen KV-Entwurf auszuarbeiten, warnte der auf Dienstgeberseite für den KV-Abschluss gesetzlich zuständige Dachverband der Universitäten eindringlich vor einem Scheitern. Knapp vor Jahresende wurde ein umfangreiches Forderungsprogramm der GÖD für den Uni-Kollektivvertrag bekannt, dessen endgültige Version für Anfang 2006

angekündigt wurde. Allerdings zeichnete sich schon vor dem Jahreswechsel ab, dass die Verhandlungspartner in ihren Positionen weit auseinander driften würden.

Damit wird 24 Monate nach Inkrafttreten des neuen Universitätsgesetzes 2002 am 1. 1. 2004 die Geduld aller Beteiligten weiterhin auf die Probe gestellt. Für Neueintretende an den Universitäten gilt indessen weiterhin das Vertragsbedienstetengesetz (VBG) im Arbeitsvertrag, sofern überhaupt Vorbilder im VBG vorhanden sind. Diese fehlen bei etlichen Gruppen wissenschaftlicher Mitarbeiter(in-

nen). Neben der GÖD-Forderung eines erweiterten Kündigungsschutzes für breite Gruppen der Universitätsbediensteten gilt das von der Gewerkschaft forcierte mehrstufige Karriere-modell für das wissenschaftliche Personal mit der Möglichkeit für eine durchgehende Laufbahn als Universitätsprofessor(in) ab dem Doktorat als größte Hürde für einen Konsens. Der Rektor der Universität Linz, Rudolf Ardelt, im Oktober zum Nachfolger des bisherigen Dachverbandsvorsitzenden Walter Schrammel gewählt, weist das Ansinnen der Gewerkschaft strikt ab: Es könne nicht das Ziel des neuen KV sein, eine durchgehende Laufbahn vom Doktorat über die Habilitation bis zur Pension anzustreben. „Wir wollen die Karriere ja nicht auf das lebenslange Bleiben an einer Universität ausrichten, sondern auf die Entwicklung von High Potentials, die sich international um Professuren erfolgreich zu bewerben vermögen.“

Ressentiments wegen Entmachtung des Mittelbaus

Mit ihren Vorstellungen würde sich die Gewerkschaft klar gegen die international gebräuchlichen Laufbahnmodelle stellen, warnt Ardelt. Er vermutet als Hintergrund für die starre GÖD-Haltung in den KV-Gesprächen Ressentiments des Mittelbaus als Folge der Reformen durch das Universitätsgesetz (UG) 2002, das zu einem Verlust an Mitbestimmung bei Assistenten und Dozenten geführt habe. Die Gewerkschaft versuche daher, das UG mithilfe eines neuen Kollektivvertrags zu unterlaufen.

Tatsächlich offenbarten sich zu Jahresende die Bestrebungen der GÖD, durch den KV die Professorenkurie (vorgegeben durch das UG 2002) auf alle Angehörigen des Mittelbaus ab dem Doktorat durch Schaffung von drei Kategorien von Universitätsprofessor(inn)en auszuweiten und damit deren Rechte und Status einer größeren Anzahl von Wissenschaftler(inne)n zu eröffnen. Im Entwurf sind zudem großzügige Gehälter mit Gehaltsvorrückungen enthalten, die aus Sicht des Dienstgebers die Forderungen inakzeptabel machen.

Dennoch hält der Vorsitzende des Dachverbandes die Chancen für einen Kompromiss im Jahr 2006 für intakt. Ein Kollektivvertrag für das wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Uni-Personal läge auch im Interesse der Dienstnehmer: Schließlich seien die Universitäten ohne KV gezwungen, mit niedrigen Gehältern im Rahmen der gegebenen Globalbudgets zu disponieren, auch die Attraktivität für das nichtwissenschaftliche Personal würde behindert, gibt Ardelt zu bedenken. „Die Universitäten müssen ein Instrumentarium bekommen, das ihnen erlaubt, mit modernen Anstellungsverhältnissen zu arbeiten, aktiv den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern und daher mehr Geld in der Hand zu haben.“

Konstituierung des Forums Personal

Wenige Wochen vor dem Wechsel an der Spitze im Dachverband – dieser wird von der ÖRK administrativ betreut – kam es am 5. Oktober zur ersten Sitzung des Forums Personal. Da Rektor Ardelt auch als Präsidiumsmitglied der ÖRK die Personalfragen obliegen, erwies es sich als nahe liegend und zweckmäßig, den Vorsitz in diesem Gremium zu übernehmen. „Es hat in der Vergangen-

„Die Universitäten müssen ein Instrumentarium bekommen, das ihnen erlaubt, mit modernen Anstellungsverhältnissen zu arbeiten.“

Rudolf G. Ardelt

Univ.-Prof. Dr., Vorsitzender des Forums Personal



heit vereinzelt Koordinierungsprobleme zwischen den Delegierten im Dachverband und den Rektoraten gegeben“, erläutert Ardelt die Initiative für die Gründung des Forums. Das Forum Personal hat aber auch insbesondere die Aufgabe, im Personalwesen Erfahrungen auszutauschen bzw. Maßnahmen der einzelnen Universitäten – etwa in der Personalentwicklung – zu koordinieren und Kooperationen voranzutreiben. „Der Rollenwechsel ist geglückt“, lautet Ardelt's Befund nach dem ersten Vierteljahr. mk

WIDER DIE STRUKTURELLE BENACHTEILIGUNG DER KUNSTUNIVERSITÄTEN



Gerald Bast
Dr.
Sprecher der Arbeitsgruppe
Kunstuniversitäten

Kunstuniversitäten haben spezifische, von den wissenschaftlichen Universitäten verschiedene Rahmenbedingungen, unter denen sie ihre Aufgaben zu erfüllen haben. Das betrifft einerseits die besondere Form des künstlerischen Unterrichts und andererseits die Entwicklung und Erschließung der Künste als Äquivalent zur wissenschaftlichen Forschung.

Diese Spezifika der österreichischen Kunstuniversitäten in die aktuellen Diskussionen und Verhandlungen zu den Themen „Wissensbilanz“, „Leistungsvereinbarung“ und „Formelbudget“ einzubringen und ihnen auch möglichst weit gehend zur Geltung zu verhelfen, war die Hauptaufgabe der Gruppe der Kunstuniversitäten im Rahmen der Rektorenkonferenz. Dass Letzteres nicht zur Gänze gelungen ist, werden wohl auch unsere Gesprächs- und Verhandlungspartner anhand der Praxis der kommenden Monate und Jahre erkennen können, was uns Hoff-

nung und Handlungsfelder gleichermaßen auch für die Zukunft beschert.

Die Versuche, den Kunstuniversitäten mit Projekten aus dem Bereich der „Entwicklung und Erschließung der Künste“ Zugang zum Wissenschaftsfonds (FWF) zu geben, waren bisher weder beim Gesetzgeber noch auf Regierungsebene, noch auf der Ebene des FWF selbst von Erfolg gekrönt. Dabei zeigte sich nicht zuletzt die aufsichtsbehördliche Zuordnung des FWF zum Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie als ein strukturelles Problem mit negativen Auswirkungen für das Anliegen der Kunstuniversitäten.

Dass diese strukturelle Benachteiligung der Kunstuniversitäten in allernächster Zeit – auf welche Art und Weise auch immer – beseitigt werden muss, davon sind wir – und nicht nur wir – ganz besonders im Lichte der neuen Finanzierungsmechanismen für Universitäten überzeugt. 

DIAGNOSE UND THERAPIE NACH DEM EUGH-URTEIL



Gerhard Franz Walter
Univ.-Prof. DDr.
Sprecher der Arbeitsgruppe
Medizinische Universitäten

Das Hauptthema des vergangenen Jahres war zweifellos die besondere Situation, die gerade die Medizinischen Universitäten durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zum Hochschulzugang in Österreich getroffen hat. Es war kurzfristig während der Sommerzeit nötig, Zugangsregelungen für das Studienjahr 2005/06 zu installieren. Die Medizinischen Universitäten wurden mit einem sehr großen Zustrom von Studieninteressierten aus Deutschland konfrontiert – eine Situation, die sich auch im Jahr 2006 fortsetzen wird. Durch eine neuerliche für 2006 angekündigte Gesetzesänderung und auch aufgrund der Erfahrungen des laufenden Studienjahres wird für 2006/07 die Zugangsregelung von allen drei Medizinischen Universitäten neu gehandhabt.

Die Grundproblematik liegt in der Tatsache, dass in Deutschland knapp 30.000 Medizinstudium-Interessierte pro Jahr auf nur knapp 9000 Studienplätze in Deutschland treffen. Ein großer Anteil dieser Studierwilligen sucht daher Auswege in anderen Ländern der Europäischen Union, aufgrund der neuen Gesetzeslage besonders in Österreich.

Ein weiterer wichtiger Diskussionspunkt betraf die Erstellung von Karrieremodellen für wissenschaftliche Mitarbeiter(innen), wobei die Besonderheit der Tätigkeit im Klinischen Bereich, die neben Lehre und Forschung besonders die Krankenversorgung betrifft, eine wichtige Rolle spielte. Die Ergebnisse dieser Überlegungen werden in die Kollektivvertragsverhandlungen eingebracht.

REKTORKONFERENZ MIT STEIGENDER FREQUENZ BEI DEN MEDIENAUFTRITTEN



Manfred Kadi
Referent Öffentlichkeitsarbeit

Freier Uni-Zugang fällt



Kein Tag ohne Rektorenkonferenz im heimischen Blätterwald – von diesem Medienszenario war die ÖRK in den für die Universitäten entscheidenden Phasen des Jahres 2005 nicht mehr weit entfernt. Allerdings erschien die Präsenz von Rektoren speziell in den Printmedien und im ORF-Hörfunk in den Wochen vor und nach dem EuGH-Urteil derart dicht, dass der Adrenalinpiegel des Pressereferenten die zulässige Menge untertags locker übersprang.

Tatsächlich war 2005 die Rektorenkonferenz, speziell in Gestalt ihres Präsidenten (Georg Winckler bis 31. März, Christoph Badelt ab 18. April), ein gesuchter Gesprächspartner von Journalist(inn)en aus dem In- und Ausland. Der renommierte Deutschlandfunk opferte Ende Jänner mehrere Minuten seiner Sendezeit, um O-Töne von ÖRK-Vizepräsident Manfred Gantner via Äther zu seinen durchschnittlich mehr als 1,3 Millionen Hörern zu tragen. Mediale Höhepunkt des Jahres für die Rektorenkonferenz war sicherlich die Einladung von Präsident Badelt in die Fernseh-Pressestunde des ORF am 2. Oktober, bei der 127.000 Zuseher eine knappe Stunde lang das Frage-und-Antwort-Spiel des Redakteurs und der Redakteurin mit dem Gast am Königberg verfolgten.

Die Frequenz der Nennungen der Österreichischen Rektorenkonferenz in den Tageszeitungen musste 2005 gegenüber dem

Vorjahr aufgrund der aktuellen Entwicklungen um Zugangsbeschränkungen und Budgetverhandlungen zwangsläufig ansteigen. Allerdings entdeckten mit der zunehmenden Breitenwirkung des Themas Universitäten die Kolleginnen und Kollegen in den Medien immer öfter den News-Wert von Aussagen prominenter Mitglieder der Rektorenkonferenz, allen voran natürlich jene des Präsidenten. Dieser kam praktisch in allen überregionalen Tageszeitungen mit ausführlichen Interviews zu Wort.

Newsletter als gefragte Informationsquelle

Beachtlich entwickelte sich auch der im November 2004 erstmals ins Netz gestellte Newsletter auf der Homepage der Rektorenkonferenz. Die alle vier bis sechs Wochen erscheinende elektronische Post hat 2005 nach neun Ausgaben das Interesse von 200 Abonnenten, in erster Linie Angehörige von Universitäten und von wissenschaftlichen Institutionen, aber auch Medienvertreter(innen), geweckt. Im Dezember 2005 war der Newsletter mit 4605 Hits sogar die bestbesuchte Seite der ÖRK-Homepage www.reko.ac.at – eine Messlatte, die für 2006 neue Herausforderungen bietet.



Bologna-Prozess

Gleichsam zur Halbzeit im Bologna-Prozess, also sechs Jahre nach der Erklärung zur Schaffung eines Europäischen Hochschulraumes bis 2010, hatte die Rektorenkonferenz gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur ein Positionspapier erarbeitet, das zu Jahresbeginn präsentiert wurde. Zur Vorbereitung auf das Bologna-Seminar in Salzburg wurde in dem Papier die zukünftige Entwicklung des Doktoratsstudiums in einer dreistufigen Studienarchitektur (Bachelor/Master/PhD) skizziert. Die wichtigsten Punkte darin: eine dreijährige Mindeststudiendauer; die Erhöhung der internationalen Mobilität der Doktorand(inn)en; mehr Augenmerk auf die internationale Kompatibilität österreichischer Doktoratsstudien.

Die Umstellung auf die zweistufige Studienarchitektur an Österreichs Universitäten schreitet indessen voran – nicht in linearer Form, sondern in Variationen je nach Fachgebieten und Universitäten. Auch wenn die Fortschritte der Reform anhand von quantitativen Parametern gemessen werden, sagt die Zahl der zweistufig organisierten Studienrichtungen noch nichts über die Qualität der Implementierung aus. Die Einrichtung von Bachelor/Master-Studien sollte jedenfalls mit einer Reform des Curriculums Hand in Hand gehen, da ein Drüberstülpen der Bologna-Struktur über bestehende Lehrpläne letztlich kontraproduktiv wäre, stellte das Forum Lehre fest. Der Bedarf nach Abstimmungen in diesem heiklen Prozess wird die Rektorenkonferenz auch 2006 beschäftigen. *mk*

Wissensbilanz

Ein anderes Langzeitprojekt, die Erstellung von Wissensbilanzen für 21 Universitäten, ging mit Jahresende 2005 nach rund eineinhalb Jahren der Vor- und Aufbereitung in die Zielgerade. Das im Mai 2004 gestartete Vorhaben mit dem Zweck, das intellektuelle Vermögen der Universitäten mittels Kennzahlen zu erfassen und darzustellen, hätte nach den ursprünglichen Vorstellungen des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur bereits im Sommer 2005 in Begutachtung gehen sollen. Allerdings steckte bei diesem Vorhaben der Teufel im Detail, konkret in der Anzahl der Indikatoren, weshalb die Verordnung schließlich für Februar 2006 ins Auge gefasst wurde.

Praktisch sämtliche Foren waren in Subarbeitsgruppen ganzjährig mit dem Thema befasst: Immerhin soll die Wissensbilanz nicht nur ein Instrument zur Vergleichbarkeit der Universitäten sein, sie bildet auch eine wesentliche Grundlage für die Ausgestaltung der Leistungsvereinbarungen. Mit Genugtuung stellten die ÖRK-Mitglieder nach Ende der Gespräche fest, dass von den ursprünglichen 150 Indikatoren hundert wegkramiert wurden. Rektor Gantner als Vorsitzender des Forums Budget formuliert es durchaus pointiert: „Die Grausamkeit ist auf ein Drittel reduziert worden, und das ist immer noch nicht lustig.“ *mk*

ORGANE



FOREN

Foren sind Plattformen zur Kommunikation und Koordination zwischen den Mitgliedern der Rektorate in fünf Fachbereichen:

Budget und Ressourcen

Vorsitz:

Rektor *Manfried Gantner*
Universität Innsbruck

Subarbeitsgruppen:

Wissensbilanz
Indikatoren
Datenverordnung
Formelbudget
Bundesimmobiliengesellschaft (BIG)

Forschung und Erschließung der Künste

Vorsitz:

Vizekanzler *Friedrich Zimmermann*
Universität Graz

Subarbeitsgruppen:

Wissensbilanz
IPR / uni:invent
EU-Forschung / 7. Rahmenprogramm
Gesamtösterreichische Forschungs-
dokumentation
Uni-Infrastruktur & Grundlagenforschung

Ad-hoc-Subarbeitsgruppen:

K-plus

Lehre

Vorsitz:

Vizekanzler *Arthur Mettinger*
Universität Wien

Subarbeitsgruppen:

Wissensbilanz
Lehramtsstudium
Zeitvolumen in der Lehre

Internationales

Vorsitz:

Vizekanzler *Hans Kaiser*
Technische Universität Wien

Subarbeitsgruppe:

Wissensbilanz

Personal

Vorsitz:

Rudolf G. Ardelt
Universität Linz

AD-HOC-ARBEITSGRUPPEN

Steuerungsgruppe Hochschulzugang
AG Österreichischer Austauschdienst (ÖAD)
AG Universitäre Sportförderung

ARBEITSGRUPPEN

Arbeitsgruppen dienen der Behandlung spezifischer Anliegen bestimmter Typen von Universitäten:

Kunstuniversitäten

Sprecher:

Rektor Gerald Bast
Universität für angewandte Kunst Wien

Medizinische Universitäten

Sprecher:

Rektor Gerhard Franz Walter
Medizinische Universität Graz

TERMINE DER PLENARVERSAMMLUNGEN 2005

6. ordentliche Plenarversammlung

am 14./15. März 2005
Universität für Bodenkultur Wien

2. außerordentliche Plenarversammlung

am 18. April 2005
Veterinärmedizinische Universität Wien

7. ordentliche Plenarversammlung

am 6. Juni 2005
Universität Klagenfurt

8. ordentliche Plenarversammlung

am 17./18. Oktober 2005
Wirtschaftsuniversität Wien

9. ordentliche Plenarversammlung

am 5. Dezember 2005
Technische Universität Graz

ÖRK-AKTIVITÄTEN 2005 IN ZAHLEN

Plenarversammlungen	5
Präsidiumssitzungen	11
Sitzungen der Foren und (Sub-)Arbeitsgruppen	82
Sitzungen des Dachverbandes der Universitäten	25
Tagungen, die von der ÖRK (mit)veranstaltet wurden	6
Beschickte Tagungen im Ausland	25
Beschickte Tagungen im Inland	30
Sonst. Sitzungen mit ÖRK-Teilnahme	243
Empfänge ausländischer Gäste	3
Pressekonferenzen	1
ORF-Pressesunde	1
Presseaussendungen	20
Offizielle Stellungnahmen	11

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER ÖRK

Vorstand:

Präsident:

Generaldirektor Dr. Walter Rothensteiner

Stellvertreter des Präsidenten:

Rektor Univ.-Prof. Dr. Christoph Badelt

Schriftführer:

Univ.-Prof. Dr. Manfred Welan

Kassier:

Dr. Gerhard Riemer

ORGANE

ORGANE DER ÖSTERREICHISCHEN REKTORENKONFERENZ

bis 17. 4. 2005

PRÄSIDENT

Georg Winckler
Universität Wien

PRÄSIDIUM

Manfried Gantner
Vizepräsident, Universität Innsbruck
Rudolf G. Ardelt
Universität Linz
Christoph Badelt
Wirtschaftsuniversität Wien
Gerald Bast
Universität für angewandte Kunst Wien
Peter Skalicky
Technische Universität Wien
Gerhard Franz Walter
Medizinische Universität Graz

ab 18. 4. 2005

PRÄSIDENT

Christoph Badelt
Wirtschaftsuniversität Wien

PRÄSIDIUM

Manfried Gantner
Vizepräsident, Universität Innsbruck
Rudolf G. Ardelt
Universität Linz
Gerald Bast
Universität für angewandte Kunst Wien
Hubert Dürrstein
Universität für Bodenkultur
Wolfgang Schütz
Medizinische Universität Wien
Hans Sünkel
Technische Universität Graz
Georg Winckler (kooptiert)
Universität Wien

PLENARVERSAMMLUNG

Universität Wien
Rektor Univ.-Prof. Dr. Georg Winckler
Medizinische Universität Wien
Rektor Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Schütz
Universität Graz
Rektor Univ.-Prof. Dr. Alfred Gutschelhofer
Medizinische Universität Graz
Rektor Univ.-Prof. DDr. Gerhard Franz Walter
Universität Innsbruck
Rektor Univ.-Prof. Dr. Manfried Gantner
Medizinische Universität Innsbruck
Rektor Univ.-Prof. Dr. Hans Grunicke
(bis 30. September 2005)
Rektor Univ.-Prof. Dr. Clemens Sorg
Universität Salzburg
Rektor Univ.-Prof. Dr. Heinrich Schmidinger
Technische Universität Wien
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Peter Skalicky
Technische Universität Graz
Rektor Univ.-Prof. Dr. Hans Sünkel
Montanuniversität Leoben
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing.
Dr. Wolfhard Wegscheider
Universität für Bodenkultur Wien
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Fw. Dr. Hubert Dürrstein

Veterinärmedizinische Universität Wien
Rektor Wolf-Dietrich Freiherr von Fircks
Wirtschaftsuniversität Wien
Rektor Univ.-Prof. Dr. Christoph Badelt
Universität Linz
Rektor Univ.-Prof. Dr. Rudolf G. Ardelt
Universität Klagenfurt
Rektor Univ.-Prof. Dr. Günther Hödl
(gest. 11. August 2005)
Vize-Rektorin Univ.-Prof. Dr. Petra Hesse
Akademie der bildenden Künste Wien
Rektor Univ.-Prof. Dr. Stephan Schmidt-Wulffen
Universität für angewandte Kunst Wien
Rektor Dr. Gerald Bast
**Universität für Musik
und darstellende Kunst Wien**
Rektor Univ.-Prof. Dr. Werner Hasitschka
Universität Mozarteum Salzburg
Rektor Dr. Roland Haas
**Universität für Musik
und darstellende Kunst Graz**
Rektor em. Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Otto Kolleritsch
**Universität für künstlerische
und industrielle Gestaltung Linz**
Rektor Univ.-Prof. Dr. Reinhard Kannonier

GENERALSEKRETARIAT

Heribert Wulz
Mag.
Generalsekretär



Karin Riegler
Dr.
Stellvertretende
Generalsekretärin
Bologna-Prozess
Hochschulbildung in Europa
Lehre



Gerda Priessnitz
Internationales



Julia Prikoszovits
Mag.
Stellvertretende
Generalsekretärin
ab 1. Dezember 2005
Budget
Forschung



Manfred Kadi
Öffentlichkeitsarbeit



Doris Schöberl
Mag.
Rechtsfragen
Dachverband der Universitäten



Sylwia Krul
Sekretariat



Margit Zagiczek
Sekretariat



F Vor mittlerweile zwei Jahren haben Österreichs Universitäten die Vollrechtsfähigkeit erhalten. Auch unter diesen neuen Rahmenbedingungen konnten die Beziehungen zwischen der Bank Austria Creditanstalt (BA-CA) und den Hochschulen weiter ausgebaut und vertieft werden. Seit den 80er Jahren betreut die BA-CA Professoren, Assistenten und Studenten. Unter anderem war sie am 19. September 2005 anlässlich der Neuwahl des Präsidiums Gastgeberin für eine Veranstaltung der Österreichischen Rektorenkonferenz.

Gezielte Förderungen für die Wissenschaft

Doch diese Kooperation ist nicht nur auf individuelle Finanzdienstleistungen beschränkt, sondern umfasst auch die gezielte Förderung der Wissenschaft. Die BA-CA unterstützt die Universitäten bei der Veranstaltung von Konferenzen und Symposien, beim Druck von Skripten und Broschüren sowie bei Weiterbildungsseminaren und Workshops als Vorbereitung auf den Beruf. Sie fördert universitäre Austauschprogramme wie Gastprofessuren und Mobilitätsstipendien.

An der Universität Wien, der Wirtschaftsuniversität Wien, der Veterinärmedizinischen Universität, der Technischen Universität Wien sowie an der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck unterhält die BA-CA gemeinnützige Stiftungen zur Förderung der Wissenschaft und Forschung. Im Rahmen dieser Stiftungen werden Stipendien vergeben, ein-

zelne universitäre Projekte unterstützt, Forschungspreise ausgelobt, interdisziplinäre Initiativen gefördert, Vorlesungsschwerpunkte gestaltet, Austauschprogramme gesponsert und wissenschaftliche Projekte in einer vielfältigen Breite realisiert. Darüber hinaus ist die BA-CA auch Gründer von Stiftungslehrstühlen an der Wirtschaftsuniversität Wien sowie der Universität Linz. Im Rahmen der Jubiläumsprivatstiftung an der WU Wien gehört sie zum Kreis der größten Stifter.

An der Medizinischen Universität Graz unterstützt die BA-CA als Namenssponsor das internationale „Visiting Scientists“-Programm. Ziel ist der grenzüberschreitende Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen renommierten Wissenschaftlern. Vielversprechende Studierende und Lehrende an der Karl-Franzens-Universität werden zudem mit den „BA-CA Karl-Franzens-Awards“ gefördert.

Professionelle Beratung und besondere Angebote

Als starker Know-how-Partner in allen Finanzfragen berät die BA-CA Österreichs Universitäten bei Cash Management, Pensionsvorsorge, Abfertigungsrückstellungen und Versicherungsangelegenheiten. Mit anderen Worten: Die Universitäten werden genauso professionell wie Unternehmen „serviciert“. Im Rahmen des BA-CA BetriebsService stehen den Universitätsmitarbeitern besondere Angebote – wie attraktiver verzinste Sparprodukte, Wertpapiere und Finanzierungen zu Sonderkonditionen – zur Verfügung.

